

SCHIENENVERKEHR: 16 Bürgermeister und drei Landräte unterzeichnen gemeinsame Erklärung zur geplanten Neubaustrecke

Bahntrasse eint Südhessen

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach



LAMPERTHEIM/GERNSHEIM. 16 Bürgermeister und die Landräte der drei südhessischen Landkreise Bergstraße, Groß-Gerau und Darmstadt-Dieburg haben gestern ein Positionspapier unterzeichnet, mit dem sie Stellung zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans beziehen, der unter anderem auch den Neubau einer Schienentrasse zwischen Frankfurt und Mannheim vorsieht.

Die gemeinsame Erklärung wurde im Beisein von Bürgermeister Gottfried Störmer und seiner Amtskollegen Bärbel Schader (Bürstadt) sowie Felix Kusicka (Biblis) im Gernsheimer Rathaus unterzeichnet. Der erkrankte Groß-Rohrheimer Bürgermeister Rainer Bersch wurde vom Beigeordneten Georg Menger vertreten.

Der Gernsheimer Rathauschef Peter Burger erklärte, die Planung der Neubaustrecke erfordere angesichts der dicht besiedelten Region "erhebliche Abwägungen". Befürchtet werde eine höhere Auslastung der Bestandsstrecken durch Güterverkehr. Eine der Forderungen der südhessischen Bürgermeister und Landräte ist es denn auch, die Neubaustrecke als Mischtrasse auszuweisen, um dort in der Nacht Güterverkehre abwickeln zu können.

Die neunseitige Erklärung enthält die zentrale Forderung nach weitgehendem Lärmschutz entlang der Neubautrasse und der Bestandsstrecken. Bei der Planung sei ferner auf eine möglichst flächenschonende Bauweise zu achten, um die Belange von Landwirtschaft und Naturschutz zu berücksichtigen. Außerdem schließen sich die Kommunal- und Kreisvertreter der Forderung der regionalen Bürgerinitiativen nach Einrichtung eines Projektbeirates an. Nur in einem solchen Gremium ließen sich Forderungen wie die nach Lärmschutzmaßnahmen verbindlich einbringen, unterstrich der Gernsheimer Bürgermeister Burger.

Dass beim Dialogforum Ende September in Darmstadt (wir berichteten) die Einberufung eines Beteiligungsforums angekündigt wurde, wertete der Lorscher Bürgermeister Christian Schönung unterdessen als ermutigendes Signal. In Darmstadt sei auch der Weg skizziert worden, das Beteiligungsforum im Laufe des Planverfahrens durch einen Projektbeirat zu ersetzen. Der Groß-Rohrheimer Beigeordnete Menger betonte, in der Frage des Lärmschutzes dürfe es keine Kosten-Obergrenzen geben. Die Griesheimer Bürgermeisterin Gabriele Winter sieht die südhessischen Rathauschefs dabei in einer Konsenslinie mit dem Darmstädter Oberbürgermeister Jochen Partsch. Der Lorscher Rathauschef Schönung sprach gestern von einer "einzigartigen Konstellation", die zur Unterzeichnung eines solchen Positionspapiers geführt habe. Hiervon gehe eine hohe "Signalwirkung" aus. Sein Pfungstädter Kollege Patrick Koch pflichtete ihm bei: Mit der gemeinsamen Erklärung werde das "Sankt Floriansprinzip" durchbrochen, dass jede Kommune nur ihre eigenen Belange im Auge habe. Der Bürgermeister von Nauheim, Jan Fischer, sah im Konsens der Bürgermeister und Landräte "ein ganz starkes Gewicht", das die Region in Sachen Trassenneubau auf die Waagschale lege.

© Südhessen Morgen, Donnerstag, 13.10.2016

Starkes Signal

Von Uwe Rauschelbach über die Erklärung zur ICE-Neubautrasse



Uwe Rauschelbach

© Berno Nix

Mit der gemeinsamen Erklärung zur Planung einer Schienen-Neubautrasse setzen die südhessischen Bürgermeister und Landräte in der Tat ein starkes Signal. Ein derart weitreichendes interkommunales Agreement hat bislang noch kein anderes Thema in der Region hervorgebracht. Ein solches Signal werden auch Bund, Bahn und Länder nicht übersehen können. Beeindruckt vom Zusammenhalt der Bevölkerung in Sachen Neubautrasse haben sich die Vertreter von Bahn und Ländern zuletzt beim Dialogforum in Darmstadt gezeigt. Die Einberufung eines Beteiligungsforums, das erstmals Anfang Dezember tagen soll, ist ein Zeichen, dass die Signale aus der Region wahrgenommen werden. Deshalb ist die gemeinsame Unterzeichnung der Gernsheimer Erklärung durch 16 Bürgermeister und drei Landräte mehr als ein symbolisches Ritual. Zudem erhält die allseits erhobene Forderung nach der Einrichtung eines Projektbeirats durch die südhessischen Verwaltungschefs zusätzlichen Nachdruck. Zwar verdient ein Beteiligungsforum die Akzeptanz der Bevölkerung und ihrer Vertreter. Doch im weiteren Verlauf der Planungen wird es darauf ankommen, den Forderungen der Region besonders nach ausreichendem Lärmschutz eine höhere Verbindlichkeit zu verleihen. Zwar scheint die Bahn von der Planung einer reinen Hochgeschwindigkeitstrasse abgekommen zu sein - zugunsten einer Mischtrasse. Doch in Sachen Lärmschutz sowie in der Frage der genauen Trassenführung hat die Region allen Grund, mit ihren Forderungen nicht hinterm Berg zu halten.

© Südhessen Morgen, Donnerstag, 13.10.2016